



NIEDERSCHRIFT

über die 4. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Weinbau,

Landwirtschaft und Friedhöfe der Stadt Landau in der

Pfalz

am Donnerstag, 07.10.2010,

im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:33

Ende: 18:58



Anwesenheitsliste

SPD

Alexander Bantz

Hermann Demmerle

Michael Scheid

Hans Peter Thiel

CDU

Wolfgang Kern

Wilhelm Prokop

Bündnis 90/Die Grünen

Werner Bender

FWG

Horst Silbernagel

Vertreter für Dicker Bernd

FDP

Martin Heupel

Vorsitzender

Rudi Klemm

Berichterstatter

Markus Abel

Gerhard Blumer

Ute Hangen

Matthias Schmauder

Schriftführer/in



Markus Geib

Entschuldigt

CDU

Martin Gensheimer

Dirk Vögeli

entschuldigt

FWG

Bernd Dicker

Vertreter Silbernagel Horst

UBFL

Anke Ulbrich



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

T a g e s o r d n u n g

Ö f f e n t l i c h e S i t z u n g

1. Vorstellung ProNES
2. Transportwagen für Friedhofsbenutzer nicht bedarfsgerecht
Vorlage: 320/010/2010
3. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Vorstellung ProNES

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 5. Mai 2010, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Der Stadtvorstand habe entschieden, diesen Antrag und die Vorstellung der Firma ProNES direkt im Umweltausschuss als zuständigen Fachausschuss zu behandeln. Er begrüßte Herrn Jochen Weber, den Geschäftsführer der Firma ProNES.

Ratsmitglied Demmerle begründete den Antrag. Er bedauere, dass seit der Antragstellung viel Zeit verstrichen sei. Das Land hätte Geld für dieses Projekt zur Verfügung gehabt, das aber mittlerweile nicht mehr zur Verfügung stehe. Prinzipiell habe sich das ganze aber noch nicht erledigt. Es gehe darum, diesen Projekten im Bereich der erneuerbaren Energien bei der Landesgartenschau eine gute Bühne zu geben.

Herr Weber gab zunächst einen kurzen Abriss über die Geschichte der Firma ProNES. Seine Firma biete ein Monitoringsystem für alle Techniken im erneuerbaren Energiebereich an. Tätig sei man unter anderem auch für die Energie Südwest AG. Er biete der Stadt an, im Rahmen der Landesgartenschau ein regeneratives Energiekonzept zu entwickeln. Dies würde er kostenlos machen. Als Gegenleistung sollte über ein Interessensnetzwerk für dieses System seiner Firma geworben werden. Im Rahmen der Landesgartenschau könnte es ein sogenanntes „Landauer Smart-Grid“ geben. Dies könne er anbieten, wohl wissend dass es natürlich ins Gesamtkonzept der Landesgartenschau passen müsse.

Ausschussmitglied Bantz war der Meinung, dass es eine gute Idee sei die Landesgartenschau mit einem Energiekonzept zu verbinden. Ihn interessiere die Frage, welchen Nutzen dieses Monitoringsystem für die Einsparpotenziale im öffentlichen und privaten Bereich habe.

Herr Weber erklärte, dass natürlich eine Datenakquirierung notwendig sei als Voraussetzung für Verbesserungen. Es sei wichtig, die Anlagen vergleichbar zu machen. Im Rahmen der Landesgartenschau gehe es daher darum, Informationen an die Bürger zu bringen.

Der Vorsitzende machte deutlich, dass es zum Beispiel noch vollkommen offen sei, ob eine Versorgung mit dem Geothermiekraftwerk überhaupt klappt. Er bat Herrn Weber darzustellen, was bei der Landesgartenschau konkret passieren solle.

Herr Weber konkretisierte seine Vorstellungen. Ideal wäre es sicherlich, wenn man auf dem Gelände Energie erzeugen könnte. Vorstellen könne er sich einen Energieparcours, idealerweise unter Einbindung des Geothermiewerkes. Wichtig sei ihm zu betonen, dass es sich nicht um eine temporäre Lösung für die Zeit der Landesgartenschau handeln solle. Vielmehr sollte man es auch danach nutzbar machen.

Der Vorsitzende ergänzte, dass es Möglichkeiten einer Einbindung geben könnte. Ein Gedanke könnte hier ein „regenerativer Energiepark“ sein. In einem Schaupark könnten verschiedene erneuerbare Energieformen präsentiert werden. Er bat Herrn Schmauder, Geschäftsführer der LGS GmbH, um eine Einschätzung.

Herr Schmauder erläuterte die Sichtweise der LGS GmbH zu diesem Thema. Zunächst müsse man die Zuständigkeiten unterscheiden. Aufgabe der LGS GmbH sei es, die Daueranlagen zu errichten und die Veranstaltung durchzuführen. Unbestritten gehöre die Thematik erneuerbare Energien zu einer Landesgartenschau und würde diese Thema auch gerne auf der Landesgartenschau sehen. Sofern es um mehr als einen Beitrag zur Landesgartenschau gehe, wäre allerdings die Projektgesellschaft der richtige Ansprechpartner. Eine Fläche für einen Energiepark oder etwas ähnliches zu finden, sei sicherlich kein Thema. Allerdings dränge ein wenig die Zeit, denn die Grundlagen würden jetzt gelegt.



Ausschussmitglied Bender erklärte, dass es sich hier durchaus um eine interessante Sache handle. Allerdings scheine dies ein sehr komplexes Gebilde zu sein. Er könne sich nicht vorstellen, dass hier kein ökonomisches Interesse dahinterstehe.

Herr Weber versicherte nochmals, dass er das ganze kostenlos für die Stadt machen würde. Die Entwicklung werde über Bundesmittel finanziert, so dass für die Stadt keine Kosten entstünden. Er werde es an die Stadt nicht verkaufen, sondern kostenlos zur Verfügung stellen.

Frau Hangen betonte, dass die LGS GmbH bestimmte, vom Stadtrat festgelegte Zielvorgaben zu erreichen habe. Dies seien natürlich auch finanzielle Zielvorgaben. Daraus ergebe sich, dass jeder der sich auf der Landesgartenschau präsentieren wolle, einen Beitrag leisten müsse. Wenn Flächen von Unternehmen genutzt werden, müsse daher auch ein Beitrag gezahlt werden. Unter diesen Voraussetzungen könne man natürlich gerne ins Gespräch kommen.

Herr Weber unterstrich, dass es zunächst darum gehe, die Idee vorzustellen. Dies hätte er heute tun können und er würde es gerne auch der LGS GmbH im Gespräch erläutern.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Transportwagen für Friedhofsbenutzer nicht bedarfsgerecht

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Ordnungsabteilung vom 14. September 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Grundlage für diese Vorlage sei ein Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 23. Februar 2010 gewesen, den der Stadtrat an den Umweltausschuss verwiesen habe. Nach eingehender Prüfung sei man zu dem Ergebnis gekommen, dass ein Einsatz von Transportwagen nicht bedarfsgerecht umgesetzt werden könne.

Ratsmitglied Scheid begründete noch mal den ursprünglichen Antrag der SPD-Fraktion. Es gehe darum, den Bürgern die Möglichkeit zu geben, die Graberde und Blumen zu den Gräbern zu transportieren. Mit der hier vorliegenden Sitzungsvorlage sei er nicht einverstanden. Es sei zu allgemein, dies ohne eine genaue Kostenaufstellung und Kostenermittlung abzulehnen.

Der Vorsitzende erwiderte, dass er keinen Bedarf für solche Transportwagen sehe. Es gebe auch bisher keinen Druck aus der Bevölkerung. Man könne sich auch ohne Transportwagen sehr gut behelfen. Alleine für den Hauptfriedhof müssten viele Transportwagen beschafft werden. Die Kosten hierfür gingen dann auf das Friedhofsbudget.

Herr Blumer erläuterte, dass man sich sehr wohl über die Kosten Gedanken gemacht habe. Eine solche Station für Transportwagen koste ca. 600 Euro. Eine Umfrage bei den anderen Städten habe ergeben, dass andere große Städte es aus Kostengründen nicht machen würden. Seine Erfahrung habe gezeigt, dass die Leute sich sehr gut selbst behelfen würden.

Ratsmitglied Heupel gab zu bedenken, dass diese Transportwagen auch unterhalten werden müssten. Es seien daher auch die Folgekosten zu beachten.

Ausschussmitglied Bender entgegnete, dass er bisher nur Negativargumente gehört habe. Er selbst finde den Antrag und das Anliegen gut. Mit der Beschaffung solcher Transportwagen könne man sicherlich gerade bei älteren Menschen Sympathie schaffen.

Der Vorsitzende erwiderte, dass für solch eine Sympathiemaßnahme dann alle über die Friedhofsgebühren zahlen müssten.

Ratsmitglied Kern war der Meinung, dass dieser Antrag in die Rubrik „Wünschenswert“ gehöre. In Godramstein habe es diesbezüglich noch keine Anfragen gegeben. Alle Stadtteile müssten kämpfen, um mit dem Friedhofsbudget über die Runden zu kommen. Man habe schon jetzt keine Luft mehr.

Ausschussmitglied Silbernagel schloss sich den Äußerungen von Herrn Kern an. Die finanzielle Situation der Stadtteilmfriedhöfe sei gravierend. Er warne davor, die Budgets der Stadtteilmfriedhöfe noch weiter zu strapazieren.

Herr Blumer machte deutlich, dass von den Grabstätten etwa 40 % Urnengräber und weitere 30 % Gräber mit Grabplatten seien. Der Trend gehe eindeutig weg von eigener Grabpflege.

Ratsmitglied Kern schlug als Kompromiss vor, dass jeder Stadtteil dies selbst entscheiden sollte. Wer es wolle, müsse es dann aber auch selbst bezahlen.

Ratsmitglied Thiel konnte die gesamte Diskussion nicht nachvollziehen. Die Gigantisierung, die hier aufgebaut werde, sei nicht angebracht. Stationen an 2 oder 3 Eingängen des Hauptfriedhofs seien seiner Meinung nach vollkommen ausreichend. In Queichheim sei auch noch keiner dieser Transportwagen verschwunden.



Ratsmitglied Demmerle begrüßte den Kompromissvorschlag von Herrn Kern. In den Ortsteilen könne man es so machen wie von Herrn Kern vorgeschlagen. Beim Hauptfriedhof sollte man in dieser Frage vielleicht auch die Gärtner mit einbeziehen.

Herr Blumer entgegnete, dass die Gärtner daran kein Interesse hätten.

Der Vorsitzende machte nochmals deutlich, dass der Haushalt nicht mal mehr das dringend Notwendige zulasse. Solche Transportwagen seien vielleicht wünschenswert, aber das Problem gebe es nicht.

Ausschussmitglied Silbernagel gab zu bedenken, dass es sicherlich nicht nur bei 2 Stationen beim Hauptfriedhof bleiben würde. Wenn man mit 2 Stationen anfangen, dann wecke man Begehrlichkeiten.

Der Ausschuss für Umwelt, Weinbau, Landwirtschaft und Friedhöfe beschloss mehrheitlich mit 5 Ja,- 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung:

Beschlussvorschlag:

Der Einsatz von Transportwagen für Blumen, Graberde usw. kann nicht bedarfsgerecht umgesetzt werden. Die Beschaffung wird daher abgelehnt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Verschiedenes

Der Vorsitzende informierte, dass der Umweltpreis künftig nicht mehr verliehen werde. Alle möglichen Preisträger seien abgearbeitet. Ab dem Neujahrsempfang 2011 werde aus dem Umweltpreis ein Bürgerpreis.

Der Ausschuss für Umwelt, Weinbau, Landwirtschaft und Friedhöfe nahm dies ohne Aussprache zur Kenntnis.

Ratsmitglied Demmerle erkundigte sich, wer für das Personal bei Beerdigungen zuständig sei.

Ratsmitglied Scheid wollte wissen, welche Erfahrungen es mit den Grabhüllen in Queichheim gebe.

Herr Blumer teilte mit, dass er hierzu noch nichts sagen könne. Bisher habe es erst 1 Bestattung mit Grabhülle gegeben.



Die Niederschrift über die 4. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Weinbau, Landwirtschaft und Friedhöfe der Stadt Landau in der Pfalz am 07.10.2010 umfasst 3 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 11.

Vorsitzender

Rudi Klemm

Markus Geib
Schriftführer